

Geschäftsverteilungsplan des Bundesarbeitsgerichts
für das Geschäftsjahr 1960

I. Dem Ersten Senat sind zugewiesen:

- 1.) die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 ArbGG,
- 2.) die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 2 Abs. 1 Nr. 3 ArbGG,
- 3.) die Verfahren nach § 2 Abs. 1 Nr. 4 ArbGG,
- 4.) die Verfahren nach § 2 Abs. 1 Nr. 5 ArbGG,
- 5.) die Revisionsbeschwerden nach § 77 ArbGG,
- 6.) die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 3 Abs. 1 ArbGG, die mit den Rechtsstreitigkeiten nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 3 ArbGG in rechtlichem oder unmittelbarem wirtschaftlichen Zusammenhang stehen,
- 7.) die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 und § 3 Abs. 1 in Verbindung mit § 2 Abs. 1 Nr. 2 ArbGG, bei denen es sich im Verfahren bei dem Bundesarbeitsgericht um folgende Rechtsgebiete handelt:
 - a) Verfassungsrecht
 - b) Vereinigungsfreiheit
 - c) Allgemeines Tarifrecht in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst
 - d) Auslegung von Tarifverträgen der privaten Wirtschaft, soweit es sich nicht um die in II a und b genannten Rechtsmaterien handelt
 - e) Arbeitskampfrecht
 - f) Betriebsverfassungsrecht einschließlich Personalvertretungsrecht, auch soweit Fragen des Betriebsverfassungsrechts oder des Personalvertretungsrechts in Rechtsstreitigkeiten, die an sich zur Zuständigkeit eines anderen Senates gehören, eine nicht nur untergeordnete Rolle spielen

- g) Urlaubsrecht der privaten Wirtschaft und im öffentlichen Dienst
- h) Hausarbeitstagsrecht
- i) Recht der Arbeitnehmer bei den alliierten Streitkräften
- k) Feiertagsrecht
- l) Mutterschutzrecht
- m) Jugendschutzrecht
- n) Ruhegehaltsansprüche, soweit nicht nach III die Zuständigkeit des Dritten Senats begründet ist.

II. Dem Zweiten Senat sind zugewiesen die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 und § 3 Abs. 1 in Verbindung mit § 2 Abs. 1 Nr. 2 ArbGG, bei denen es sich im Verfahren bei dem Bundesarbeitsgericht um folgende Rechtsgebiete handelt:

- a) Beendigung des Arbeitsverhältnisses durch Kündigung oder in anderer Weise in der privaten Wirtschaft
- b) Gesetz zur Verbesserung der wirtschaftlichen Sicherung der Arbeiter im Krankheitsfall und Rechtsfragen bei Krankheit der Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst
- c) Schadenersatz und Regress in der privaten Wirtschaft und im öffentlichen Dienst.

III. Dem Dritten Senat sind zugewiesen die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 und nach § 3 in Verbindung mit § 2 Abs. 1 Nr. 2 ArbGG:

- 1.) betreffend Beendigung des Arbeitsverhältnisses durch Kündigung oder in anderer Weise, an denen Bund, Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände oder andere Körperschaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentlichen Rechts beteiligt sind,
- 2.) betreffend Ruhegeld, an denen Bund, Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände oder andere Kör-

perschaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentlichen Rechts beteiligt sind,

- 3.) aus den Regelungsgesetzen zu Art. 131 des Grundgesetzes, auch wenn keine der unter Ziffer 1 und 2 genannten Parteien an der Rechtsstreitigkeit beteiligt ist.

IV. Dem Vierten Senat sind zugewiesen die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 und nach § 3 in Verbindung mit § 2 Abs. 1 Nr. 2 ArbGG, an denen Bund, Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände oder andere Körperschaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentlichen Rechts beteiligt sind und bei denen es sich um Eingruppierungen oder um andere tarifliche oder statutarische Rechtsstreitigkeiten handelt, soweit nicht der Erste Senat nach I Nr. 7, der Zweite Senat nach II b und c oder der Fünfte Senat nach V Nr. 3 d zuständig ist.

V. Dem Fünften Senat sind zugewiesen:

- 1.) die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 3 Abs. 2 ArbGG,
- 2.) die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 und nach § 3 Abs. 1 in Verbindung mit § 2 Abs. 1 Nr. 2 ArbGG, an denen nicht Bund, Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände oder andere Körperschaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentlichen Rechts beteiligt sind und bei denen es sich im Verfahren bei dem Bundesarbeitsgericht um folgende Rechtsgebiete handelt:
 - a) Ansprüche aus Einzelarbeitsverträgen, soweit sie nicht zur Zuständigkeit des Ersten oder Zweiten Senats gehören
 - b) Wettbewerbsrecht
 - c) Arbeitnehmererfinderrecht

- d) Handelsrecht einschließlich Handelsvertreterrecht
 - e) Ansprüche aus Schiedssprüchen
 - f) Annahmeverzug des Arbeitgebers und Fragen des Betriebsrisikos
 - g) Ansprüche gegen Drittschuldner
 - h) Lohnsteuernachzahlungen
 - i) Gratifikationen
 - k) Ansprüche auf Gehaltszahlung für die Dauer von Heilverfahren
 - l) Prozessrecht
- 3.) die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 und nach § 3 Abs. 1 in Verbindung mit § 2 Abs. 1 Nr. 2 ArbGG, an denen Bund, Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände oder andere Körperschaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentlichen Rechts beteiligt sind und bei denen es sich im Verfahren vor dem Bundesarbeitsgericht um folgende Rechtsgebiete handelt:
- a) Zusatzversicherung
 - b) Gratifikationen
 - c) Beihilfen
 - d) Rechtsverhältnisse der Ärzte einschließlich des ärztlichen Hilfs- und des Pflegepersonals, der Musiker und der sonstigen Künstler
- 4.) alle sonstigen Rechtsstreitigkeiten und Entscheidungen, die weder dem Ersten noch dem Zweiten noch dem Dritten noch dem Vierten Senat zugewiesen sind,
- 5.) die AR-Sachen, soweit nicht die in der Sache berührte Materie in den Geschäftsbereich eines anderen Senats fällt.

VI. Die Beteiligung einer der vorstehend bezeichneten juristischen Personen des öffentlichen Rechts bleibt außer Betracht, wenn sie den Rechtsstreit gemäß § 2 Abs. 4 Satz 1 ArbGG führt oder sich als Dritter (§§ 64 ff. ZPO) am Rechtsstreit beteiligt.

VII. Bis zur Senatszuteilung sind zuständig:

- 1.) der Zweite Senat mit Ausnahme der zu 2) bezeichneten Verfahren,
- 2.) der Fünfte Senat, soweit die Parteibezeichnung ergibt, daß das Verfahren den öffentlichen Dienst betrifft.

Die Senatszuteilung erfolgt, sobald die Zuständigkeit aus den vorhandenen Unterlagen erkennbar ist.

VIII. Schlußbestimmungen

- 1.) Erachtet der Vorsitzende eines Senats in einer bei seinem Senat anhängigen Rechtsstreitigkeit die die Zuständigkeit seines Senats begründenden Rechtsfragen für untergeordnet, so kann er die Sache an den zuständigen Senat mit Zustimmung des Vorsitzenden dieses Senats abgeben.
- 2.) Kommt eine Übereinstimmung der Vorsitzenden der Senate nach VIII Ziffer 1) nicht zustande, so gilt folgendes:

Erachtet ein Senat vor der mündlichen Verhandlung einer bei ihm anhängigen Sache einstimmig, daß sie nach der Art des anzuwendenden Rechts überwiegend vor den anderen Senat gehört, so ist sie dorthin abzugeben, falls nicht die Abgabe aus besonderen Gründen unzweckmäßig erscheint. Der Abgabebeschluss ist für den Senat, an den die Sache verwiesen ist, bindend.

- 3.) Kommen für den in der Revisionsinstanz noch streitigen Teil eines Rechtsstreites entscheidend auch Fragen aus einem Rechtsgebiet in Betracht, für das nicht der Senat, bei dem die Sache anhängig ist und vor den sie nach dem Geschäftsverteilungsplan gehört, sondern der andere

Senat zuständig ist, so kann, wenn das aus besonderen Gründen zweckmäßig erscheint, die Sache an diesen Senat mit dessen Zustimmung abgegeben werden.

- 4.) Rechtsstreitigkeiten, in denen ein Senat ein Urteil erlassen hat und die nochmals, wenn auch wegen eines anderen Teiles desselben Anspruchs, sei es in dem bisherigen, sei es in einem neuen Rechtsstreit, an das Bundesarbeitsgericht gelangen, gehören vor jenen Senat, selbst wenn inzwischen eine Änderung der Geschäftsverteilung Platz gegriffen hat. Die Sache kann jedoch vor der mündlichen Verhandlung dem nach dem Geschäftsverteilungsplan an sich zuständigen Senat mit dessen Zustimmung zugewiesen werden, wenn besondere Gründe hierfür sprechen.
- 5.) Dieser Geschäftsverteilungsplan tritt am 1. Januar 1960 in Kraft mit der Maßgabe, daß auch die bis zum 31. Dezember 1959 bei dem Bundesarbeitsgericht eingegangenen Rechtsstreitigkeiten mit dem 1. Januar 1960 an den Senat übergehen, der nach diesem Geschäftsverteilungsplan zuständig ist.

Kassel, den 30. November 1959

Das Präsidium des Bundesarbeitsgerichts

gez. Nipperdey
.....

(Nipperdey)

gez. Dr. Müller
.....

(Dr. Müller)

gez. Dr. König
.....

(Dr. König)

gez. Dr. Poelmann
.....

(Dr. Poelmann)

gez. Dr. Boldt
.....

(Dr. Boldt)

gez. Dr. Simons
.....

(Dr. Simons)